



Österreichs Regierung plant Angriff auf die hohen Krankheitskosten!

Österreichs Regierung bekämpft hohe Krankenstandskosten mit einem risikoorientierten Ansatz. Maßnahmen zur Kostensenkung und Kontrolle kommen.

Berlin, Deutschland - Österreichs Regierung hat beschlossen, den hohen Kosten durch Krankenstände entschieden entgegenzutreten. Im Jahr 2023 beliefen sich die Kosten für Krankenstände auf alarmierende 5,3 Milliarden Euro, da Beschäftigte im Durchschnitt 15,4 Tage krankgemeldet waren. Um diesen Kostenfaktor effizienter zu begegnen, plant die Regierung einen „risikoorientierten Kontrollansatz“, der unter anderem eine Intensivierung der Kontrollen sowie die Einstellung zusätzlichen Personals vorsieht, wie **kosmo.at** berichtete. Insbesondere die Frage, welche Einsparungen durch die Nichtbezahlung des ersten Krankheitstags realisiert werden könnten, bleibt dabei offen.

Maßnahmen in den Nachbarländern

Blickt man nach Deutschland, so äußerte Oliver Bäte, der Chef der Allianz-Versicherung, den Vorschlag, den Lohn am ersten Krankheitstag nicht auszuzahlen, was dort Einsparungen von bis zu 40 Milliarden Euro bringen könnte. Auch Spanien hat mit einem Anstieg der Krankenstände zu kämpfen, was die Arbeitsministerin des Landes als „nicht positiv“ bewertete. In Österreich fordern einige Unternehmen zudem, erst ab dem dritten Krankheitstag eine ärztliche Krankschreibung vorzulegen.

In einem verwandten Thema wurden von der Bundesregierung

in Deutschland auch die finanziellen Herausforderungen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) thematisiert. Diese ist durch erhebliche Unsicherheiten in der finanziellen Planung geprägt, insbesondere bezüglich der Ausgabenentwicklung, die seit 2015 um über 20 Milliarden Euro gestiegen ist. Im Jahr 2023 lagen die Ausgaben der GKV für Krankenhausbehandlungen bei rund 94 Milliarden Euro. Dies zeigt die Dringlichkeit, sowohl in Österreich als auch in Deutschland, Maßnahmen zur Stabilisierung der Systeme zu ergreifen, wie **bundestag.de** berichtete.

Details	
Vorfall	Gesundheitskrise
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.kosmo.at • www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at